

Okt 2025-Jan 2026

Ausgabe 65



.ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie

magazin



Die Atom-Komplizen

Wie die neue Bundesregierung der
europäischen Atomlobby den Weg freimacht

Schwerpunkt Seite 6–11

Illustration: Holger M. Müller; Fotos: Sandro Halank / Wikimedia; EU / Wikimedia

80 Kilo

waffenfähiges Uran sollen quer
durch Deutschland fahren

Seite 14/15

46 Jahre

missachtete das AKW Gösgen grund-
legende Sicherheitsvorschriften

Seite 12/13

17 Kilometer

von der deutschen Grenze will
Tschechien einen SMR bauen

Seite 16/17

Inhalt

3 Editorial

4 Anti-Atom-Meldungen

6 Sabotage an der Energiewende

Einleitung | Die Regierung verkauft ihre Energiepolitik als „Realitätscheck“ – in Wahrheit ist es eine Rolle rückwärts ...

8 Eine Frage der Haltung

Hintergrund | Die EU will den Import von Uran und Brennelementen aus Russland beenden. Die geplante Erweiterung der Brennelementefabrik Lingen in Kooperation mit der russischen Atomkrake Rosatom steht dazu im eklatanten Widerspruch

10 „Das Nichtverbreitungsregime wäre kaum zu halten“

Interview | Abrüstungsexperte Moritz Kütt über deutsche Atomwaffenfantasien, französische Atompolitik, nukleare Nichtverbreitung und die Brisanz von Urananreicherungsanlagen

12 Eingebildete Sicherheit

Hintergrund | Das Schweizer AKW Gösgen entspricht seit 46 Jahren nicht einmal grundlegendsten Sicherheitsanforderungen. Die Atomaufsicht hat das erst nicht bemerkt, dann hat sie es gutgläubig abgehakt

14 Bombenstoff auf Abwegen

Hintergrund | Abgebrannte Brennelemente aus dem Forschungsreaktor München 2 sollen noch dieses Jahr nach Ahaus verbracht werden. Doch das Uran ist so hoch angereichert, dass selbst der Atommüll noch waffenfähig ist

16 „Wie kommt man auf die Idee, so eine Technik noch zu bauen?“

Porträt | Andreas Brand, 49, engagiert sich im Erzgebirge als Teil von Parents for Future nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch gegen geplante Minireaktoren im nahen Tschechien – und gegen rechts

18 „Ist es niedrigschwellig genug?“

Interview | Konstanze Schirmer über ihre Arbeit für das von der .ausgestrahlt-Stiftung Atomerbe geförderte Projekt „Digitale Auffindbarkeit von Atomwissen: Thema Endlager“

20 .ausgestrahlt-Shop

21 EU-Gelder für Atomkraft? Nein danke!

Aufruf | JETZT .ausgestrahlt-Förder*in werden!

22 Rückblick

24 Energiewende weltweit

Infografik | Atomkraft, Kohle, Gas und Öl verlieren weiter an Bedeutung. Erneuerbare Energien hingegen decken – trotz steigendem Strombedarf – einen immer größeren Anteil des weltweiten Stromverbrauchs

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir streiten dafür, die AKW in ganz Europa abzuschalten, die Energiewende zum Erfolg zu führen und für einen möglichst sicheren Umgang mit dem Atommüll.

Rund 3.500 Förder*innen legen mit ihrer regelmäßigen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! ausgestrahlt.de/foerdern

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein derzeit 16-köpfiges Team von Angestellten und Ehrenamtlichen.

ausgestrahlt.de/ueber-uns

Kommen und Gehen

Miriam Gerdes kümmert sich seit September mit um die .ausgestrahlt-Webseite.

Tiziana Hutschalik unterstützt seit September das Fundraising-Team von .ausgestrahlt.

Julian Bothe arbeitet seit September nicht mehr für .ausgestrahlt.

.ausgestrahlt folgen

.ausgestrahlt-Kanäle gibt's auf



Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.

ausgestrahlt.de/newsletter

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint drei Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu. Möchtest Du es nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis.

ausgestrahlt.de/magazin

PDF dieses Magazins mit verlinkten Quellen:
ausgestrahlt.de/mag65



Fotos: privat

Impressum

.ausgestrahlt

Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg
info@ausgestrahlt.de ausgestrahlt.de

Redaktion: Anna Stender, Armin Simon

Mitarbeit: Bettina Ackermann, Carolin Franta, Jürgen Rieger, Michael Spohn, Miriam Tornieporth, Sarah Lahl

Gestaltung: Holger M. Müller (holgermmueller.de); Entwurf: Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender

Druck: Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier

Auflage: 20.200

V.i.S.d.P.: Armin Simon

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.

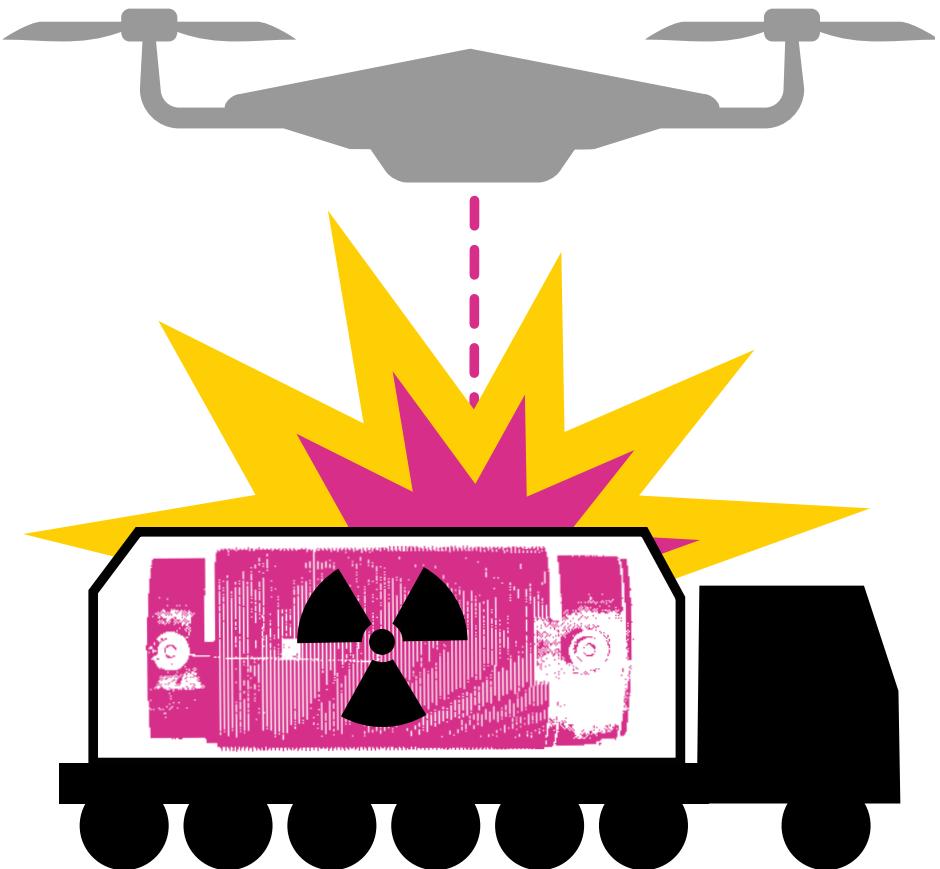
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00

BIC: GENODEM1GLS GLS Bank

Paypal: spenden@ausgestrahlt.de

Spenden sind steuerlich absetzbar.

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



Castorwahn im Dronenschwarm

Liebe Leser*in,

allen Protesten zum Trotz hat das Atommüll-Bundesamt Ende August die Transportgenehmigung für 152 Castortransporte von Jülich nach Ahaus erteilt. .ausgestrahlt hat vor mehr als einem Jahr, im Juli 2024, untermauert mit einem Gutachten gewarnt, dass die Transporte nicht gegen Drohnenangriffe geschützt sind. Die Behörde schlug die Warnung in den Wind. Inzwischen debattiert die ganze Republik über Hunderte von Drohnenüberflügen, beinahe tägliche werden neue beobachtet. Dennoch könnten schon bald die ersten Tieflader mit hochradioaktivem Abfall quer durch NRW rollen, zum Teil mitten durch große Städte. Wann, wenn nicht jetzt, wäre der richtige Moment, die erteilte Genehmigung zurückzunehmen und die riskanten Transporte doch noch zu stoppen?

Es lohnt sich auch, in Erinnerung zu rufen, warum es den Atommüll in Jülich überhaupt gibt. Der AVR Jülich, der Reaktor, aus dem die Hundertausenden hochradioaktive Brennstoffkugeln

in den 152 Castorbehältern stammen, war einst das, was Atomkraftfans heute als „small modular reactor“ preisen: Der Prototyp eines Reaktors mit eher kleiner Leistung, den Siemens als standardisiertes 200-Megawatt-„HTR-MODUL“ vermarkten wollte. Das Projekt scheiterte, weil schon der AVR nicht funktionierte: Der Hochtemperaturreaktor schrammte knapp an einem schweren Störfall vorbei, Radioaktivität drang in Erdreich und Grundwasser, die Strahlenbelastung in der Umgebung war weit höher als erlaubt. Strom kam nur wenig heraus, gerechnet hat sich die Anlage nie. Den Rückbau der kontaminierten Reaktorruine – schwierig, langwierig und kostenintensiv – bezahlen die Steuerzahler*innen. Auch für den Jülicher Atommüll muss die Allgemeinheit aufkommen. Alles vergessen? Heute buhlt eine „Europäische Industriallianz für SMR“ um Steuergelder, um Ähnliches nochmal zu versuchen, auch Siemens Energy ist wieder mit am Start (siehe Seite 4).

In der Bundesregierung würden einige Atomfans aus CDU und CSU für solche und

andere Atomprojekte in Brüssel gerne grünes Licht geben, allen voran die Wirtschaftsministerin und der Bundeskanzler. Eifrig verkünden sie angebliche Einigungen mit Frankreich. Machen Union und SPD der europäischen Atomlobby, die sich schon die Hände reibt, den Weg frei (Seite 6/7)?

Deutschlands Stimme hat Gewicht in der EU, das gilt auch beim Thema Uranimporte aus Russland. Erstmals scheint es möglich, dass die EU mit einer Mehrheitsentscheidung den Ausstieg aus russischen Nuklearimporten beschließen könnte – wenn Deutschland dabei ist, auch gegen den Willen Frankreichs, Ungarns und anderer Länder. Ein solcher Beschluss könnte sich auch auf die geplante Kooperation der Brennelementefabrik Lingen mit dem Kreml-Konzern Rosatom auswirken (Seite 8/9).

Machen wir weiter Druck, um neue kostspielige Atomruinen zu verhindern.

Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team



Foto: Xulhor / Wikimedia

Wespennest oder Atommülllager?



Bumm, bumm, summ

Atomare Altlasten sind laut einem Bericht des US-Energieministeriums die mutmaßliche Ursache der radioaktiv belasteten Wespenester auf der Savannah River Site im US-Bundesstaat South Carolina. Die Strahlenbelastung der papierartigen Behausungen, die die Wespen aus zerkautem Holz bauen, liegt teils beim Zehnfachen des Grenzwertes. Auf dem Gelände der ehemaligen Atomwaffenfabrik lagern bis heute fast 130 Millionen Liter flüssiger Atommüll in teils rissigen, undichten Tanks. Anwohner*innen fürchten ein größeres Leck. Die Umweltgruppe Savannah River Site Watch warnt vor Risiken für das Grundwasser und fordert, die Anlage zügig stillzulegen.

Q: Der Spiegel, 03.08.2025

Quallen legen Atomkraftwerke lahm

Schwärme von Quallen erzwingen diesen Sommer das Abschalten gleich mehrerer französischer Atomkraftwerke. Im AKW Paluel in der Normandie müssen Anfang September die Reaktoren 3 und 4 gedrosselt beziehungsweise ganz heruntergefahren werden, weil die Nesseltiere die Einlassfilter der Kühlwasserpumpen verstopfen. Mitte August legen Quallen alle vier laufenden Reaktoren des AKW Gravelines bei Calais lahm. AKW-Abschaltungen wegen Quallenstörungen treten auch in anderen Ländern regelmäßig auf. Forschende warnen, dass solche Ereignisse durch Klimawandel, Überfischung und Nährstoffbelastungen künftig zunehmen dürften. Bei Ausfall der Kühlung eines AKW droht eine Kernschmelze.

Q: Der Standard, 06.09.2025 und 11.08.2025



Foto: Marco Verch / wuestenigel.com

Neue Reaktoren: Deutsche Firmen wollen mitmischen

Die Entwicklung kleiner modularer Reaktoren vorantreiben will die 2024 von der EU-Kommission ins Leben gerufene Europäische Industriallianz für SMR. Dahinter steht die Idee, dass diese schneller errichtet werden und kostengünstiger Strom produzieren könnten als herkömmliche große AKW – was etliche Expert*innen bezweifeln. Mehrere Projekte in Europa und den USA erlitten zuletzt herbe Rückschläge, auch aus ökonomischen Gründen. Nichtsdestotrotz und ungeachtet des deutschen Atomausstiegs haben sich auch deutsche Firmen der Allianz angeschlossen. Dazu zählen neben Siemens Energy und dem Castor-Hersteller GNS auch der pfälzische Pumpenhersteller KSB, eine Ingenieurgesellschaft der Siempelkamp-Gruppe, der Werkstoffhersteller VDM Metals, der unterfränkische Messtechnikersteller WIKA sowie Tochtergesellschaften von TÜV Süd und TÜV Nord.

ausgestrahlt.de/atomindustrie

Q: Table.Briefings/Focus, 06.09.2025





Paks II: EuGH stoppt EU-Beihilfe, Siemens umgeht Exportverbot

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die Genehmigung der EU-Kommission für Staatsbeihilfen an das ungarische Atomkraftwerk Paks II für nichtig erklärt. Österreich hatte geklagt, weil die Kommission nicht geprüft hatte, ob die Direktvergabe an den direkt dem Kreml unterstellten russischen Staatskonzern Rosatom mit EU-Vergaberecht vereinbar war. Ungarn will den Bau der Reaktoren trotz des Urteils fortsetzen und beschleunigen.

Die Zusammenarbeit mit Rosatom ist auch der Grund, weshwegen Siemens Energy, das die Steuerungssysteme für Paks II liefern will, dafür bisher in Deutschland keine Exportgenehmigung erhalten hat. Laut dem ungarischen Außen- und Handelsminister verlagert das Unternehmen nun seine Abteilung für nukleare Leittechnik nach Ungarn. Die deutsche Regierung könne die Lieferung dann nicht mehr blockieren.

Q: Paks II Ltd., 03.06.2025; Budapester Zeitung, 04.06.2025



Foto: Paks II Ltd.

AKW-Baustelle Paks II



Uranschlammteich in Mydlovary, unverfüllt und unsaniert

Foto: ČTK/PAP/Wikimedia

Deutscher Giftmüll in tschechischen Uranschlammteichen

Entsorgungsfirmen unter anderem aus Deutschland kippen seit Jahren Millionen Tonnen von giftigen Abfällen wie Altreifen in die radioaktiven Uranschlammteiche von Mydlovary in Tschechien, nördlich von Budweis. Das ist zwar verboten, aber viel billiger als die korrekte Verwertung des Mülls. Tschechische Behörden dulden es offenbar, um so die Uranbergbauabfalllasten „verschwinden“ zu lassen: Die Schlammbecken enthalten Millionen Kubikmeter strahlender Rückstände der ehemaligen Uranerzaufbereitungsanlage, die hier Uranerz aus dem In- und Ausland – auch aus dem Südschwarzwald – verarbeitete. Offiziell soll der jetzt angelieferte Müll die Schlammteiche abdecken und so Strahlung eindämmen. Die Teiche wurden allerdings auch nach unten hin nie abgedichtet, weshalb Fachleute vor Einträgen in Grundwasser und Umwelt warnen.

Q: Correctiv, 05.09.2025



Großbritannien streicht Pläne für „grüne“ Kernenergie

Die britische Regierung hat eine wegweisende Entscheidung zur Einstufung von Atomenergie im Rahmen ihrer Umweltpolitik getroffen. Demnach verzichtet Großbritannien auf die Veröffentlichung einer sogenannten „Green Taxonomy“, die bestimmte Investitionen als „grün“ definieren sollte. Sie gibt damit auch den ursprünglichen Plan auf, Atomenergie als angebliche „grüne“ Investition einzustufen. Dies dürfte es erschweren, Investor*innen für Atomprojekte zu finden. Nichtsdestotrotz hält die Regierung an hochfliegenden Plänen für neue AKW fest, ruft ein „goldenes Zeitalter“ der Atomkraft aus und hofft auf private Milliardeninvestitionen.

Q: IWR online, 18.07.2025; Reuters, 15.07.2025; gov.uk, 15.09.2025



Foto: Photoholiday / Pixabay

Sabotage an der Energiewende

Einleitung | Die neue Bundesregierung verkauft ihre Energiepolitik als „Realitätscheck“ – in Wahrheit ist es eine Rolle rückwärts: neue Gaskraftwerke in Deutschland, freie Bahn für AKW in Europa und Bremsklötze für die Energiewende

Deutschland und Frankreich wollen sich in der EU für die Gleichstellung von Atomkraft und erneuerbaren Energien einsetzen. Das beschließen Vertreter*innen beider Länder Ende August beim deutsch-französischen Ministerrat in Toulon. Frankreich will EU-Mittel für die Entwicklung kleinerer Reaktortypen, und Deutschland wird sich der Nutzung der Atomenergie durch Frankreich nicht mehr entgegenstellen, etwa bei europäischen Gesetzesvorhaben.

Jahrelang hatte sich Deutschland auf EU-Ebene einer Förderung der Atomenergie vehement widersetzt. Die Kehrtwende deutete sich kurz nach der vorgezogenen Bundestagswahl an. Im Mai einigten sich Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und Präsident Macron darauf, „die Diskriminierung von Atomenergie auf EU-Ebene zu beenden“¹, im Juni besuchte CDU-Energieministerin Katherina Reiche demonstrativ ein Treffen der atomfreundlichen Staaten in der EU. In Deutschland findet dieser Kurswechsel

1 Financial Times, 2025

2 „Energiewende. Effizient. Machen“, EWI & BET, 2025

3 Deutschlandfunk, 17.09.2025

4 Der Spiegel, 25.06.2025

5 Agentur für Erneuerbare Energien, 2025

6 Lobbycontrol, 28.04.2025

bislang wenig Beachtung. Sogar Umweltminister Carsten Schneider (SPD), der in den letzten Monaten stets deutlich gegen die Pro-Atom-Rhetorik seiner Regierungskolleg*innen protestiert hatte, schweigt dazu.

Gefährlicher Kurswechsel

Die Übereinkunft von Toulon ist nur ein Baustein des von Reiche und Merz betriebenen Kurswechsels in der deutschen Energiepolitik. Im September stellte Reiche das Ergebnis ihres „Monitoringberichts“² – einer Bestandsaufnahme der Energiewende – vor, und deutet die Zahlen in ihrem Sinne um: Reiche siedelt den künftigen Strombedarf am unteren Ende der Prognosen an. Daraus zieht sie den Schluss, dass der Ausbau der Erneuerbaren verlangsamt und ihre Förderung reduziert werden könnte. Während die Verfasser*innen des Berichts vor Verzögerungen ausdrücklich warnen, will sie Tempo rausnehmen.³ Außerdem sieht sie ihre Pläne zum Bau von 50-100 neuen Gaskraftwerken bestätigt, dreimal so viel wie von der Vorgängerregierung geplant – hinter der vorgeblichen „Technologieoffenheit“ der CDU verbirgt sich in Wahrheit eine Politik von gestern, Reiches Handschrift als Ex-Gaslobbyistin ist unverkennbar. Selbst innerhalb der Union regt sich Widerstand gegen die Pläne der Ministerin, weil die teuren Gaskraftwerke zu Überkapazitäten führen und nicht zu niedrigeren Stromkosten beitragen würden.

„Clean Deal“ statt Green Deal

Dass politische Weichenstellungen nicht von Fakten, sondern von Lobbyinteressen bestimmt werden, zeigt sich auch auf europäischer Ebene. Die Atomlobby arbeitet seit Jahren daran, sich ein grünes Mäntelchen umzuhängen – mit wachsendem Erfolg. Ihre Geschichte: „Die Energiewende braucht Atomkraft für die Versorgungssicherheit.“ Dabei ist Atomkraft viel zu unflexibel, um sinnvoll mit fluktuierenden Erneuerbaren wie Wind- und Solarenergie zusammenzuspielen. In Wahrheit geht es um Geld: Für die seit jeher unwirtschaftliche Atomkraft fehlt es an Investor*innen. Stattdessen hofft die Industrie, sich mit öffentlichen Geldern über Wasser zu halten – und findet in Teilen der Politik willige Verbündete.

Länder wie Frankreich, Ungarn und Rumänien drängen in Brüssel seit Jahren auf Unterstüt-

zung: Mit Subventionen, Krediten, Bürgschaften und garantierten Vergütungen wollen sie unrentable Atomprojekte überhaupt erst möglich machen. Atomstrom wollen sie als „nachhaltig“ deklarieren und auf die EU-Ausbauziele für erneuerbare Energien anrechnen. Zudem fordern sie, mit Atomstrom erzeugten „roten“ Wasserstoff ungeachtet der Atomrisiken und des Atommüllproblems als „grün“ einzustufen. Auch sollen Atomanlagen schneller genehmigt und Atomstrom bevorzugt ins Netz eingespeist werden – alles auf Kosten der Erneuerbaren. Sie nennen es den „Clean Deal“ und spielen damit auf den „Green Deal“ an, das zentrale Klimaschutzprogramm der EU, das sie de facto unterwandern wollen.

Im Dienste der Atomlobby

Was die Vereinbarung von Toulon in der Praxis bedeutet, wird sich bald zeigen. Bis 2027 wird über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU für den Zeitraum von 2028 bis 2034 verhandelt. Im Sommer legte die Kommission ihren ersten Entwurf vor – und der hat es in sich: Erstmals sollen Forschungsgelder für Minireaktoren fließen und der Bau neuer AKW direkt förderfähig werden. Das wäre eine klare Abkehr von der bisherigen Linie der EU. Deutsche Steuergelder würden trotz Atomausstieg auch in AKW-Projekte im Ausland fließen. Ohne klaren Widerspruch aus Deutschland – dessen Stimme als größtem Nettozahler großes Gewicht zukommt – werden sich die Rahmenbedingungen für die Atomkraft verbessern, während gleichzeitig Investitionen in Wind- und Solarprojekte weniger attraktiv werden.

Seit ihrem Beihilfebeschluss vom Juni erlaubt die EU-Kommission den Mitgliedsländern außerdem, risikoreiche Projekte wie den Bau von Atomkraftwerken durch staatliche Garantien abzusichern. Mitgliedsstaaten können zudem Investitionen in den Umstieg von fossilen Energien auf klimafreundlichere Alternativen fördern – etwa Wasserstoff, selbst wenn er aus Atomstrom hergestellt wird.⁴

Parallel zu solch ungünstigen politischen Weichenstellungen muss die Energiewende auch juristische Rückschläge verkraften: Im September 2025 hat das Gericht der Europäischen Union (EuG) Österreichs Klage gegen die Aufnahme von Atomkraft und Gas in die EU-Taxonomie in erster Instanz abgewiesen. Es bleibt also vorerst möglich, Investitionen in diese Technologien als

„nachhaltig“ zu labeln – ein Urteil, das der Atom- und Gasindustrie in die Hände spielt.

Ausverkauf eigener Interessen

Populistische Debatten um Fossile und Atomkraft verstehen den Blick auf den Erfolg der Energiewende. Die kam, auch wegen klarer politischer Rahmenbedingungen, in den letzten Jahren gut voran. Im Juni 2025 stammte erstmals ein größerer Teil des EU-Stroms aus Solarenergie (22,1 Prozent) als aus Atomkraft (21,8 Prozent).

Deutsche Energiekonzerne und Millionen von Privatpersonen setzen seit Jahren auf Erneuerbare. Ein massiver Ausbau der Gaskapazitäten in Deutschland und die Gleichstellung der Atomenergie auf EU-Ebene entwertet ihre Investitionen und könnte den weiteren Ausbau ins Stocken bringen. Der Erhalt von Arbeitsplätzen im Erneuerbaren-Sektor in Deutschland (gut 400.000⁵ im Jahr 2023) steht offenbar nicht oben auf Reiches Prioritätenliste – der Vergleich zur Solarpleite Anfang der 2010er Jahre drängt sich auf.

Als Staatssekretärin im Bundesumweltministerium unter Peter Altmaier (CDU) war Katherina Reiche 2012 maßgeblich an der EEG-Novelle beteiligt, die die Bedingungen für Solarstrom drastisch verschlechterte. Die Folge war eine Konkurswelle in der zuvor boomenden Solarbranche, bei der rund 70.000 Arbeitsplätze verloren gingen, viele davon in Ostdeutschland. Später wechselte sie selbst in die Energiewirtschaft – die Organisation Lobbycontrol warnte bereits vor ihrem Amtsantritt als Wirtschaftsministerin vor massiven Interessenkonflikten.⁶

Rückschritt für Deutschland und Europa

Wenn die Regierung die Weichen für fossiles Gas in Deutschland und Atomkraft in Europa stellt, ist das ein völlig falsches Signal. Diese rückwärtsgewandte, ideologisch geprägte Energiepolitik läuft ausgerechnet den Interessen von Deutschlands Zukunftsbranchen zuwider, bremst die Energiewende, hält die Strompreise hoch und setzt Arbeitsplätze aufs Spiel. Und sie gefährdet damit auch die erklärten Ziele der EU: die Stärkung des Industriestandorts und zukunftsfähiger Technologien in Europa. Die selbst gesteckten Klimaziele rücken so in weite Ferne – mit unkalkulierbaren Folgen für uns alle. *Bettina Ackermann und Anna Stender*



Foto: Arndt Hoffmann

Protestaktion in Münster im Mai 2024

Eine Frage der Haltung

Hintergrund | Die Europäische Union will den Import von Uran und Brennelementen aus Russland beenden. Die geplante Erweiterung der Brennelementefabrik Lingen in Kooperation mit der russischen Atomkrake Rosatom steht dazu im eklatanten Widerspruch

- 1 „Deutsche Brennelemente von Putins Gnaden“, faz.net, 30.06.2025
- 2 „Fahrplan für den Totalausstieg der EU aus russischer Energie“, Europäische Kommission, 06.05.2025
- 3 „Roadmap towards ending Russian energy imports“, Europäische Kommission, 12.05.2025
- 4 „EU will schneller weg von russischer Energie“, tagesschau.de, 17.09.2025
- 5 Für eine qualifizierte Mehrheit müssen mindestens 55 Prozent der Mitgliedstaaten (16 von 27) zustimmen, die zusammen mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren.
- 6 „Gefährdungen durch russische Spionage, Sabotage und Desinformation“, Bundesamt für Verfassungsschutz, Mai 2025
- 7 Vgl. etwa „Accelerated Program for Implementation of secure VVER fuel Supply“, Westinghouse, 2025

Mit Anekdoten aus fünf Jahrzehnten Atomtechnik, Applaus und knallenden Sektkorken feiert Framatome/ANF Anfang September das 50-jährige Bestehen der Brennelementefabrik Lingen. Doch hinter den Kulissen ist die Nervosität groß. Denn die EU plant, die Abhängigkeit von russischem Uran Schritt für Schritt zu beenden. Das stellt auch die Pläne der Lingener Fabrik in Frage, in Zusammenarbeit mit dem russischen Atomkonzern Rosatom WWR-Brennelemente für AKW sowjetischen Typs zu produzieren: Die geplante Erweiterung der Fabrik steht auf der Kippe. Das für die Genehmigung zuständige niedersächsische Umweltministerium hat deutliche Vorbehalte geäußert, das Bundesumweltministerium prüft aktuell erneut, welche Gefahren das Projekt wegen der Zusammenarbeit mit dem Kreml-Konzern für die innere und äußere Sicherheit birgt.¹ Es geht um langfristige sicherheitspolitische Weichenstellungen, für Deutschland und für Europa.

EU will unabhängig werden

Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine will die EU die Abhängigkeit von Russland im Energiesektor beenden. Öl- und Gasimporte

hat sie seitdem schrittweise reduziert, die Atomindustrie aber bislang von Sanktionen ausgenommen. Einen Fahrplan, der endlich auch Uran und Brennelemente aus Russland ausdrücklich in den Blick nimmt,² legte die Kommission erst im Mai dieses Jahres vor. Sie will keine neuen Verträge mit russischen Lieferanten mehr genehmigen, Uranimporte aus Russland wirtschaftlich unattraktiver machen und in neue europäische Produktionskapazitäten investieren. Außerdem sollen die Mitgliedsstaaten bis Ende des Jahres einen Plan ausarbeiten, wie sie ihre Abhängigkeit von russischen Importen verringern wollen.³ Doch der entsprechende Gesetzesentwurf, im Juni veröffentlicht, nennt wieder nur Ausstiegsfristen für Öl und Gas. Vergleichbare Regelungen für Uran lässt er weiter vermissen.⁴ In Brüssel munkelt man, ein konkreter Vorschlag für Uran und Brennstoffe solle noch in diesem Jahr folgen, doch sicher ist das nicht. Zudem soll er wohl deutlich vorsichtiger und offener formuliert werden als die Regelungen für fossile Brennstoffe.

Seit Jahren scheitern alle Bemühungen der EU, Sanktionen auf Uran durchzusetzen, am Widerstand einzelner Mitgliedsstaaten. Manche von ihnen sind nach wie vor von russischen

Brennelementen abhängig, andere – wie Frankreich – wollen vor allem die wirtschaftlichen Interessen ihrer Atomindustrie schützen. Mit dem neuen Ansatz umgeht die Kommission diese Blockade: Anstelle von Sanktionen, die Einstimmigkeit erfordern, will sie ein Gesetz verabschieden, für das eine qualifizierte Mehrheit genügt.⁵ Länder wie Ungarn, die Slowakei, Bulgarien und Tschechien, die alle bereits Lieferabkommen mit ANF abgeschlossen haben, könnten ein Verbot nicht mehr verhindern, selbst zusammen mit Frankreich würde es nicht reichen für eine Sperrminorität – solange Deutschland dem Gesetz zustimmt.

Lingener Atomtrojaner

Wie aus der Zeit gefallen wirkt angesichts der Ausstiegspläne der EU das Vorhaben von Framatome/ANF, die Brennelementefabrik in Lingen ausgerechnet in Zusammenarbeit mit Rosatom auszubauen: Während die EU mühsam Wege sucht, die Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu beenden, will die Tochterfirma des französischen Atomkonzerns EDF die russische Atomkrake mitten in Europa zum Premium-Partner machen – und damit quasi einen „Atomtrojaner“ auf deutschem Boden installieren. Außerdem bezieht die Brennelementefabrik weiter einen Teil des Urans aus Russland, gerade erst wurden 30 weitere Transporte genehmigt.

Mit einem Gesetz, dass Nuklearimporte aus Russland konsequent verbietet, wäre die in Lingen geplante Kooperation mit Rosatom so vermutlich nicht umsetzbar. Allerdings ist offen, wie streng das Gesetz – wenn es denn kommt – ausfallen, ob es Schlupflöcher und Ausnahmen geben wird und wie lang die Übergangsfristen sein werden; um all das wird noch gerungen.

Die Behauptung von ANF, das Kooperationsprojekt in Lingen würde die EU von Russland unabhängiger machen, weil WWER-Brennelemente für die Reaktoren in Osteuropa dann nicht mehr direkt aus Russland geliefert werden müssten, hat der Konzern jedenfalls längst selbst widerlegt: Als im November 2024 die 11.000 Einwendungen gegen das Vorhaben erörtert wurden, räumte ANF ein, dass sämtliche Rohstoffe und Komponenten für die geplante Produktion in Lingen von Rosatom geliefert würden. Die Montage in Lingen würde auf russischen Lizenzmaschinen erfolgen, ein erheblicher Teil der Gewinne nach Moskau fließen. Statt die Abhängigkeit zu verringern, würde

die Kooperation die EU an Russland binden, die Ausstiegsziele untergraben und zugleich Putins Kriegskasse füllen.

Wachsende Gefahr

Das alleine wäre Grund genug, die Genehmigung zu verweigern. Doch die Erweiterungspläne haben auch eine sicherheitspolitische Dimension. Lingen und die belieferten AKW würden zum potenziellen Einfallstor für russische Spionage, Cyberangriffe und Sabotage. Es wäre etwa denkbar, dass Rosatom fertig verschweißte und befüllte Brennstäbe unerkannt mit Sprengstoff präpariert, der dann beim Einsatz im AKW explodiert. Ein abwegiges Szenario? Laut Bundesamt für Verfassungsschutz hat Russland seine Angriffe auf europäische Staaten seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine massiv ausgeweitet. Neben Spionage und Cyberangriffen auf Politik, Wirtschaft und kritische Infrastrukturen verzeichnet der Verfassungsschutz auch Sabotageakte, Drohnenüberflüge über sensible Einrichtungen und gezielte Einflussnahme auf die öffentliche Meinung.⁶ Das unterstreicht, wie brisant die geplante Kooperation ist. Denn Rosatom ist nicht einfach ein Energiekonzern, sondern ein verlängerter Arm des Kremls. Das zeigt sich auch in der aktiven Rolle, die der Konzern bei der Besetzung des AKW Saporischschja in der Ukraine spielt (siehe Randspalte).

Anders als von ANF suggeriert gibt es zudem längst auch für WWER-Reaktoren eine alternative Bezugsquelle für Brennstoff: Der US-amerikanische Atomkonzern Westinghouse fertigt in Schweden Brennelemente für AKW russischen Typs. Die Ukraine und Tschechien nutzen diese Möglichkeit bereits, Bulgarien, die Slowakei und Finnland sind in der Umstellung. Nur Ungarn hält weiterhin an der Zusammenarbeit mit Rosatom fest. Während die EU die Umstellung auf Westinghouse-Brennstoffe sogar finanziell fördert,⁷ versucht Frankreich, diese Option politisch zu blockieren: Dahinter stehen auch wirtschaftliche Interessen: Mehrheitseigner der Brennelementefabrik Lingen ist der staatliche französische AKW-Betreiber EDF.

Zeigt die EU Rückgrat?

Es ist höchste Zeit, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten entschlossen handeln, um ihre Abhängigkeit von russischen Nuklearimporten so schnell wie möglich zu beenden. Dazu gehört auch, dass Deutschland den Einstieg

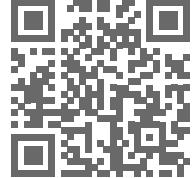
Rosatoms in die Brennelementefertigung in Lingen endlich stoppt: Das Vorhaben widerspricht klar den Sicherheitsinteressen und Zielen der EU. In Lingen geht es um weit mehr als eine deutsche Standortdebatte – der Fall ist ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit europäischer Energiepolitik. Wenn die EU den Mut findet, den Import von Uran und Brennelementen aus Russland zu verbieten, demonstriert sie damit auch, dass sie ihre Sicherheitsinteressen über kurzfristige wirtschaftliche Interessen einzelner Unternehmen und Mitgliedsstaaten stellt. Die Bundesregierung sollte sie dabei nach Kräften unterstützen.

Anna Stender und Bettina Ackermann

TV-Doku:

Die Arte-Dokumentation „Die Nuklearfalle – Putins Deals mit dem Westen“ zeigt, wie Rosatom sich weltweit Einfluss verschafft, Staaten in Abhängigkeiten verstrickt und wirtschaftliche wie politische Risiken erzeugt.

ausgestrahlt.de/lingen/arte-doku/



Tatort AKW Saporischschja:

Der Bericht „Seizing Power“ von Truth Hounds im Auftrag von Greenpeace dokumentiert, wie Rosatom im besetzten AKW Saporischschja Mitarbeitende unter Druck setzt, die Kontrolle über das Werk übernimmt und die nukleare Sicherheit der gesamten Region gefährdet.

ausgestrahlt.de/lingen/gp-bericht/

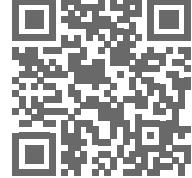




Foto: Mehr News Agency / Wikimedia

Gas-Zentrifugen zur Urananreicherung, ausgestellt auf der Eqtedar 40 defence exhibition in Teheran 2019

„Das Nichtverbreitungsregime wäre kaum zu halten“

Interview | Abrüstungsexperte Moritz Kütt über deutsche Atomwaffenfantasien, französische Atompolitik, nukleare Nichtverbreitung und die Brisanz von Urananreicherungsanlagen



Foto: uni-hamburg.de

Moritz Kütt

Prof. Dr. Moritz Kütt, Physiker, leitet das Labor für nukleare Abrüstung an der Universität Hamburg (Hamburg Nuclear Disarmament Laboratory).

*Herr Kütt, 80 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki diskutieren Politiker*innen und Medien, ob Deutschland „die Bombe“ brauche. Irritiert Sie das?*

Absolut. Und es macht mir Angst. Deutschland hat sich völkerrechtlich verpflichtet, keine Atomwaffen zu bauen, sowohl im Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NNV) als auch im Zwei-plus-Vier-Vertrag, der die Wiedervereinigung regelt. Und es war und ist eigentlich immer noch das erklärte Ziel der deutschen Politik, an einer atomwaffenfreien Welt zu arbeiten. Das einzige Land, das je aus dem NNV wieder ausgetreten ist, weil es doch Atomwaffen bauen wollte, war Nordkorea. Würde Deutschland sich so verhalten, hätte das drastische Folgen. Vermutlich würden dann noch mehr Staaten diesen Weg gehen. Das Nichtverbreitungsregime wäre kaum noch zu halten.

Bundeskanzler Merz (CDU) macht dessen ungeachtet keinen Hehl daraus, dass er

Deutschland gerne an Atomstreitkräften beteiligen würde, etwa an den französischen. Zugleich bekannte er sich in einem mit dem französischen Präsidenten Macron verfassten internen Papier unlängst zu dem Ziel, auf EU-Ebene Atomkraft genauso zu fördern wie erneuerbare Energien – die französische Regierung kämpft dafür seit Langem. Ist es vermessen, da einen Zusammenhang zu sehen? Auf deutscher Ebene halte ich diesen Zusammenhang für ausgeschlossen. Ich glaube, dass dieses interne Papier und die Diskussion zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium dazu ein Ausloten der politischen Möglichkeiten für eine Förderung von ziviler Atomenergie war. Dazu ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Es wäre auch absurd, wenn Deutschland jetzt die französischen Nuklearindustrie fördern würde, um im Gegenzug französischen „Atomwaffenschutz“ zu bekommen. Beides wäre entgegen früherer deutscher Politik.

Für Macron hängen Atomwaffen und Atomkraft aber untrennbar zusammen.

In einer Rede vor Angestellten der Atomin-
dustrie, die er motivieren wollte, hat er das
mal so gesagt. Kaum ein anderes Land außer
Frankreich stellt diesen Bezug so her. Um
Atomwaffen zu haben, muss man keine AKW
betreiben – das zeigen die Beispiele von Isra-
el und Nordkorea. Und die meisten Länder, in
denen AKW laufen, haben keine Atomwaffen.

**Laut dem ehemaligen Chef der US-Atomauf-
sicht, Gregory Jaczko, ist einer der Haupt-
gründe, warum Staaten in die Atomkraft
einstiegen wollen, der Wunsch, sich Optionen
zum Bau von Atomwaffen zu schaffen. Liegt
er falsch?**

Es dürfte bei einigen ein ernstzunehmender
Hintergedanke sein, der da irgendwie mit-
schwingt.

**Wo liegt denn der technische Zusammen-
hang zwischen Atomwaffen und AKW?**

Technisch betrachtet gibt es einen engen Zu-
sammenhang, das ist schon immer ein Prob-
lem der zivilen Nukleartechnologie. Atomwaf-
fen brauchen entweder hochangereichertes
Uran oder Plutonium. Beides kommt nicht
natürlich vor. Plutonium wird in allen, auch
zivilen, Reaktoren produziert, ob Betreiber
das wollen oder nicht. Um es für Waffen zu
nutzen, braucht es noch eine Wiederaufar-
beitungsanlage, die es aus den abgebrannten
Brennstäben extrahiert. Aber es ist natürlich
schon mal ein erster Schritt, wenn man die
abgebrannten Brennstäbe hat.

Und hochangereichertes Uran?

Uran kommt in der Natur nur mit einem sehr
niedrigen Gehalt von etwa 0,7 Prozent Uran-
235 vor. Die Technologie, mit der es auf drei
bis fünf Prozent für AKW oder auf 90 Prozent
für Atomwaffen angereichert wird, ist exakt
dieselbe, das ist untrennbar. Vereinfacht ge-
sagt läuft die Anreicherungsanlage dann ein-
fach ein bisschen länger.

Gilt das auch für die Uranganreicherungsan- lage in Gronau, die vom Atomausstieg bisher ausgenommen ist?

Ja. Deren Kapazität ist übrigens um ein Viel-
faches größer als die Anreicherungskapazi-
täten, die der Iran vor dem israelisch-ameri-
kanischen Bombardement hatte. Wer so eine
Anlage hat, kann nur versprechen, sie nicht
für Waffenzwecke zu benutzen – technisch
besteht immer die Möglichkeit. Dies wird in
Staaten ohne Kernwaffen streng überwacht.
Wie eng die militärische Option mit der zivilen
Nutzung der Atomkraft einhergeht, sieht
man eben auch daran, dass sich die Staaten-
gemeinschaft sehr intensiv Gedanken darum
gemacht hat, wie man Atomenergie nutzen
und zugleich dieses Waffenproblem ausschlie-
ßen kann.

Mit welchem Ergebnis?

Etwa mit dem Nuklearen Nichtverbreitungs-
vertrag von 1970. Der verbietet allen Län-
dern außer den damaligen fünf Atommächten,
Atomwaffen zu entwickeln. Im Gegenzug ha-
ben die Atommächte atomare Abrüstung ver-

sprochen – und Unterstützung bei der zivilen
Nutzung der Atomenergie.

Was daran sehen Sie kritisch?

Der NVV hat mit diesem Versprechen selbst
dazu beigetragen, Technik weiter zu verbrei-
ten, die potenziell auch für Atomwaffen miss-
braucht werden könnte. Statt den eher einfa-
chen Schluss zu ziehen, andere Technologien
der Stromproduktion zu fördern, die nicht die-
sen Ballast mitschleppen.

Atomkraftgegner*innen haben die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen seit jeher als Argument gegen AKW angeführt.

Das ist immer noch ein sehr gutes Argument.
Denn das große Risiko ist immer, dass Atom-
kraft diesen Weg möglich macht.

Welche Schritte würden uns einer atomwaf- fenfreien Welt näherbringen?

Wir müssen davon wegkommen, dass jede Sei-
te meint, mehr Waffen besitzen zu müssen als
die andere. Die Staaten müssten dann Abrüs-
tungsschritte gehen. Der 2021 in Kraft getrete-
ne Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) könnte ein
Vehikel sein, zu einer atomwaffenfreien Welt
zu kommen. Anschließend sollte es auch eine
Debatte über die Nutzung der Atomkraft ge-
ben. Der AVV verbietet diese zwar nicht. Aber
man könnte sagen: Die Nähe zur militärischen
Nutzung ist zu groß, deswegen lassen wir auch
die zivile Nutzung. Je weniger Atomanlagen es
gibt, desto leichter ist es auch, diese zu über-
wachen.

Interview: Armin Simon

“

**Ich unterstütze .ausgestrahlt auch
über mein Leben hinaus mit einer
Testamentspende. Damit die, die nach
mir kommen, eines Tages ohne
Atomgefahren leben können.“**

Vera Choulant, Lilienthal



ausgestrahlt.de/testament-ratgeber

ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



AKW Gösgen: Auch die Atomaufsicht sieht hier nicht immer klar

Eingebildete Sicherheit

Hintergrund | Das Schweizer AKW Gösgen entspricht seit 46 Jahren nicht einmal grundlegendsten Sicherheitsanforderungen. Die Atomaufsicht hat das erst nicht bemerkt, dann hat sie es gutgläubig abgehakt

Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) gibt sich ganz unaufgeregt. Beim AKW Gösgen gebe es einen „längerem Betriebsunterbruch“, teilt die Aufsichtsbehörde Ende August mit, dies habe man „zur Kenntnis genommen“.¹ Auch der Betreiber des AKW müht sich nach Kräften, den Ball flach zu halten. Grund für den voraussichtlich neunmonatigen Stillstand des zweitgrößten Reaktors der Schweiz seien „gestiegene Behördenanforderungen“, fabuliert er. Und dass er „im Bestreben, das Sicherheitsniveau der Anlage stetig zu erhöhen“, das „Ziel“ verfolge, einen Rohrbruch im nicht-nuklearen Teil der Anlage „mit der gewünschten Sicherheitsmarge“ beherrschen zu können.²

Es sind Sätze, die mehr verschleiern als aufklären. Denn tatsächlich geht es nicht um

freiwillige Nachbesserungen an dem Reaktor. Und anders als der Betreiber glauben machen will, haben sich auch die Anforderungen nicht erhöht.³ Es geht vielmehr um jahrzehntealte, grundlegendste Sicherheitsanforderungen an Atomanlagen – die das AKW Gösgen seit seiner Inbetriebnahme 1979 nicht erfüllt.

Reaktorkühlung nicht gewährleistet

Schon ein Rohrbruch außerhalb des Reaktorgebäudes, also dort, wo der Schutz gegen Angriffe und Einwirkungen von außen eher niedrig ist, kann im AKW Gösgen dazu führen, dass die Kühlung des Reaktors nicht mehr gewährleistet werden kann – die Folge wäre eine Kernschmelze. Das räumt die Aufsichtsbehörde Mitte September ein. Es bedeutet nicht weniger, als dass der Reaktor seit 46

1 „Längerer Betriebsunterbruch beim KKW Gösgen“, ENSI, 27.08.2025

2 „Das Wiederanfahren verzögert sich um weitere 6 Monate“, Kernkraftwerk Gösgen, 22.08.2025

3 „Beherrschung von Brüchen im Speisewassersystem des KKW Gösgen“, ENSI, 12.09.2025



Jahren in einem Zustand ist, in dem er nie eine Genehmigung hätte bekommen dürfen.

Ein Reaktor, der mehr als vier Jahrzehnte lang gefährlicher ist, als Betreiber und Behörden behaupten, und sogar unsicherer, als gesetzlich zulässig, ist das Eine. Das Zweite ist, wie lange dies niemand bemerkt. Erst zwei Jahrzehnte nach Inbetriebnahme fällt der Schweizer Atomaufsicht auf, dass in den großen Rohren des Wasser-Dampf-Kreislaufs in Gösgen ungedämpfte Rückschlagklappen verbaut worden sind, anders als in anderen AKW desselben Lieferanten. Im Falle eines Rohrbruchs schlagen diese Klappen mit großer Wucht zu – was gefährliche Schäden im Reaktor zur Folge haben könnte. Habe es aber nicht, beschwichtigt der Betreiber. Als Nachweis legt er alte Berechnungen vor. Die sind allerdings nur mit einer vereinfachten Methode erstellt. Macht nichts, behauptet der Betreiber: Die tatsächliche Belastung durch den Druckstoß sei nur etwa halb so groß wie mit der Einfach-Methode errechnet. Woraufhin die Behörde auf eine detaillierte Berechnung verzichtet. Nach kleineren Ertüchtigungen hakt sie das Thema 2008 schließlich ab. Der Reaktor, der so nie eine Genehmigung hätte erhalten dürfen, bleibt weitere 17 Jahre unbewilligt am Netz.

Grundfalsche Sicherheitsannahmen

Erst als der Betreiber, der Stromkonzern Alpiq, wegen des geplanten Austauschs einer Armatur neue, dieses Mal detailliertere Berechnungen durchführt, kommt heraus, dass die früheren Annahmen grundfalsch waren. Anders als 25 Jahre zuvor behauptet, sind die tatsächlichen Belastungen durch den Druckstoß nicht deutlich kleiner, sondern vielmehr deutlich größer als einst mit dem vereinfachten Verfahren errechnet. Der unterstellte Rohrbruch außerhalb des Reaktors könnte deshalb „deutliche Überlastungen“ im Reaktor verursachen, schreibt das ENSI – der Störfall wäre nicht mehr beherrschbar.

Doch selbst als der Betreiber deshalb im März 2025 eine „mutmaßliche Auslegungsschwäche“ meldet, schreitet die Atomaufsicht zunächst nicht ein. Der Reaktor kann noch fast zwei Monate bis zur geplanten Revision weiterlaufen. Erst dann zieht das ENSI die Notbremse. Wieder anfahren, teilt die Behörde im Sommer mit, dürfe das AKW erst, wenn der Betreiber nachgewiesen habe, dass es auch den Störfall „Brüche einer Speisewasserleitung“ beherrschen könne ...

Ein Kernschmelzunfall im AKW Gösgen könnte weite Teile Deutschlands radioaktiv kontaminiieren. Das hat eine im Juni vorgestellte Studie gezeigt, an der .ausgestrahlt maßgeblich mitgewirkt hat. Unter Umständen müsste eine Zone bis weit über Stuttgart hinaus binnen weniger Stunden evakuiert werden. Große Gebiete bis in mehrere Hundert Kilometer Entfernung könnten langfristig unbewohnbar werden.

Noch mehr unerkannte Mängel?

Das Beispiel Gösgen zeigt, dass Aussagen zur angeblichen Sicherheit eines AKW mitunter mehr Einbildung als Realität widerspiegeln. Wie viele unerkannte und/oder verharmloszte Sicherheitsmängel stecken noch in den Schweizer Uralt-Reaktoren? Klar ist: Das tatsächliche Risiko eines schweren Atomunfalls ist deutlich höher, als Betreiber und Behörden behaupten. Für Deutschland, das bei einem Atomunfall in einem Schweizer AKW im Durchschnitt aller Wetterlagen eines Jahres sogar stärker betroffen wäre als die Schweiz selbst, bedeutet das: Bundes- und Landesregierung müssen Aussagen zum Zustand der grenznahen AKW endlich kritisch hinterfragen – und darauf drängen, die Atomgefahr aus der Schweiz endlich zu beenden.

Auch in der Schweiz selbst dürften der jahrzehntelang unentdeckte, dann gutgläubig belassene Sicherheitsmangel und der ungeplante monatelange Ausfall des Reaktors die Zweifel an der angeblichen Sicherheit und Zuverlässigkeit der Atomkraft mehren. Das könnte auch die aktuelle Debatte über Atomkraft dort beeinflussen. Der Energieminister, der zuvor für einen Atomlobbyverein gearbeitet hat, will das vom Stimmvolk beschlossene Neubaubot für AKW wieder kippen – und argumentiert unter anderem mit einem angeblichen Strommangel im Winter. Der Reaktor in Gösgen aber, so viel ist klar, liegt nicht nur im Sommer und Herbst ungeplant still, sondern wird aller Voraussicht nach auch den Großteil des Winters über keine einzige Kilowattstunde Strom ins Netz speisen. Die Lichter werden deshalb nirgendwo ausgehen: Auch in der Schweiz boomen wie überall in Europa und weltweit die erneuerbaren Energien. Allein das diesjährige Plus beim Solarstrom in der Alpenrepublik hat den ausgefallenen Atomstrom schon nahezu ersetzt. Gut möglich also, dass ausgerechnet das AKW Gösgen selbst in den kommenden Monaten den Beweis erbringt, dass es sogar im Winter schlicht überflüssig ist.

Armin Simon

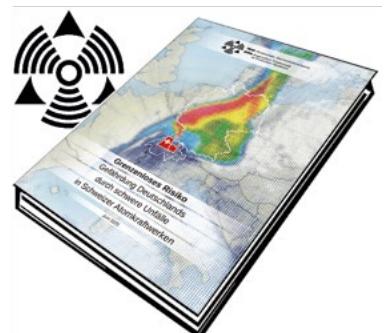
Unterschriftenaktion

Fordere mit .ausgestrahlt einen straffen Ausstiegsfahrplan mit festen Abschaltdaten für alle Schweizer AKW. Hier kannst Du online unterschreiben: ausgestrahlt.de/schweiz

Mach auch Freund*innen, Bekannte, Nachbar*innen und Kolleg*innen auf die Unterschriftenaktion aufmerksam. Teile und verbreite sie in deinen Netzwerken.

Mehr wissen

Aktuelle Infos, Veranstaltungstermine und Material zum Thema findest Du unter ausgestrahlt.de/schweiz



Grenzenloses Risiko

Ausführlichere Informationen und viele Karten, die die Ausbreitung der radioaktiven Wolke und ihre Auswirkungen verdeutlichen, findest Du in der neuen Studie „Grenzenloses Risiko: Gefährdung Deutschlands durch schwere Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken“ des Trinationalen Atomschutzverbands (TRAS), an der .ausgestrahlt mitgewirkt hat. Download unter ausgestrahlt.de/schweiz-studie Ein Papierexemplar kannst Du unter ausgestrahlt.de/shop bestellen.



Söder reitet die Atom-Rakete: Protest in München 2018 gegen den Weiterbetrieb des FRM 2 mit hochangereichertem Uran

Foto: Alexandra Beier / Umweltinstitut München

Bombenstoff auf Abwegen

Hintergrund | Abgebrannte Brennelemente aus dem Forschungsreaktor München 2 sollen noch dieses Jahr nach Ahaus verbracht werden. Doch das Uran ist so hoch angereichert, dass selbst der Atommüll noch waffenfähig ist

Mit reinem, hochangereichertem Uran an der Hand, warnte Physik-Nobelpreisträger Luis Alvarez, einst im Manhattan Project an der Entwicklung der US-Atombomben beteiligt, sei es „eine triviale Aufgabe“, eine Atomexplosion herbeizuführen. Es genüge, zwei ausreichend große Batzen davon aufeinander fallen zu lassen: „Sogar ein Oberschüler könnte die Bombe bauen.“

Noch dieses Jahr könnte ein Atomtransport quer durch Deutschland rollen, der genug Stoff für zwei bis drei Bomben mit sich führt. Absender ist die Technische Universität München, Außenstelle Garching. Ziel die Zwischenlagerhalle im nordrhein-westfälischen Ahaus. Diebrisante Fracht: abgebrannte Brennelemente aus dem Forschungsreaktor München 2 (FRM 2). Aus hochangereichertem Uran.

Uran enthält von Natur aus nur zu etwa 0,7 Prozent das spaltbare Isotop Uran-235, eine Atomexplosion lässt sich damit nicht herbei-

führen. Urananreicherungsanlagen jedoch konzentrieren den Spaltstoff und erhöhen so den Anreicherungsgrad des Urans – auf 3 bis 5 Prozent für AKW-Brennstoff, auf etwa 90 Prozent für Atomsprengstoff. Ist das Uran erst einmal so hoch angereichert, ist damit die wesentliche technologische Hürde zur Atomwaffe genommen (siehe auch Interview Seite 10/11).

Kartoffeln sind giftig – bis man sie kocht

Hochangereichertes Uran ist der einfachste Weg zur Bombe. Ein solcher Sprengsatz legte vor 80 Jahren die japanische Stadt Hiroshima in Schutt und Asche und tötete binnen Sekunden 200.000 Menschen. Er war 63,5 Kilogramm schwer und kam ohne einen einzigen vorherigen Test zum Einsatz – so simpel war die Konstruktion. Mit verbesserten, aufwändigeren Zündtechniken ist weniger Uran nötig. Selbst technisch nicht so versierten Staaten

dürften nach Aussage von Expert*innen rund 15 Kilogramm hochangereichertes Uran mit einem Anreicherungsgrad von 90 Prozent genügen, um daraus eine Atombombe zu bauen. Fertigungsverluste des Materials sind dabei schon mit eingerechnet.

Jedes Brennelement aus dem FRM 2 enthält acht Kilogramm des Bombenstoffs, angereichert im frischen Zustand auf 93 Prozent. Durch den Einsatz im Reaktor sinkt der Anreicherungsgrad lediglich auf 89 Prozent. Auch der Atommüll aus dem FRM 2 ist also noch locker waffentauglich. Zehn der etwa papierkorbgroßen Brennelemente will die TU München nun nach Ahaus abschieben, jeweils fünf in einem Castor-Behälter.

Seit Jahrzehnten behauptet die TU München, die Brennelemente seien nicht waffenfähig, weil das hochangereicherte Uran darin nicht in metallischer Form, sondern in einer Silizidverbindung vorliege. Das ist in etwa so richtig wie die Behauptung, dass Kartoffeln nicht essbar seien. Es stimmt – bei den Kartoffeln, solange man sie nicht kocht, beim Uran, solange man die Silizidverbindung nicht aufbricht. Was allerdings, ähnlich wie Kartoffeln kochen, nicht sonderlich aufwändig oder kompliziert ist. Das entsprechende Verfahren wurde bereits 1983 in wissenschaftlichen Publikationen der Internationalen Atomenergie-Organisation beschrieben. Reaktorgegner*innen wiesen darauf bereits Mitte der 1990er-Jahre in der Auseinandersetzung um den Bau des FRM 2 hin. Die Prozedur, schrieb Professor Ali Sameh vom Radiochemischen Zentrum der Mallinckrodt Medical B.V. im niederländischen Petten damals in einer Stellungnahme für das Umweltinstitut München, sei sogar „ausgesprochen einfach“ und von jedem angehenden Chemielaboranten zu bewerkstelligen. Im Falle von abgebrannten Brennelementen seien wegen der radioaktiven Spaltprodukte lediglich größere Strahlenschutzvorkehrungen nötig. Der Abrüstungs-Experte Frank von Hippel, Prof. emeritus in Princeton, USA, bestätigte diese Einschätzung im Sommer 2025 noch einmal.

Missbrauch von Abrüstungsbemühungen

Wegen der Proliferationsgefahr wurden seit den 1970er Jahren weltweit Forschungsreaktoren mit erheblichem Aufwand auf niedrig angereichertes Uran umgerüstet, das nicht

zum Bombenbau verwendet werden kann. Die Münchner Reaktorplaner spielten dabei ein perfides Spiel: Sie nahmen an den Arbeitsgruppen teil, die damals Ersatzbrennstoffe für Forschungsreaktoren entwickelten – technisch ging es darum, den hohen Anreicherungsgrad des Urans durch eine hohe Dichte des Brennstoffs zu ersetzen. Dann missbrauchten sie die Ergebnisse dieses Abrüstungsprogramms – und statteten, mit Rückendeckung der bayerischen Staatsregierung, ihren Reaktor-Neubau mit einem Brennelement aus hochdichtem und zugleich hochangereichertem Uran aus. Das Vorgehen rief internationalen Protest hervor, führte zu diplomatischen Verwicklungen und spaltete die Wissenschafts-Community. Und es hat Konsequenzen bis heute und in weite Zukunft.

Schon um die Proliferationsgefahr zu beseitigen, muss der hochangereicherte Brennstoff schnellstmöglich so weit mit abgereichertem Uran verdünnt werden, dass die Mischung nicht mehr waffenfähig ist. Das als „melt & dilute“ bezeichnete Verfahren ist in Ahaus nicht durchführbar; davon abgesehen liegt die Verantwortung dafür bei der TU München. Als Verursacherin des besonders brisanten Mülls muss sie vertraglich verpflichtet werden, auch die Kosten dafür zu tragen. Eine Abreicherung des Urans würde zugleich sicherstellen, dass es nicht zu einer nuklearen Kettenreaktion in einem späteren Endlager kommen kann, dies ist Voraussetzung für eine Einlagerung.

Solange es noch waffenfähig ist, müsste das Material nach militärischen Standards gesichert und bewacht werden. Auch dies ist bisher nicht der Fall – erst recht nicht in Ahaus. Das Zwischenlager dort, das zeigte erst kürzlich ein Gutachten im Auftrag von .ausgestrahlt, ist eines der am schlechtesten gegen Angriffe geschützten in Deutschland. Statt den brisanten Stoff quer durch die Republik zu karren, fordert .ausgestrahlt, ihn in einem neu zu errichtenden, möglichst sicheren Zwischenlager direkt am Standort Garching unterzubringen, bis ein Endlager zur Verfügung steht.

Vor allem aber darf der Reaktor, der wegen technischer Pannen seit mehr als fünf Jahren stillliegt, erst nach Umrüstung auf niedrig angereichertes Uran wieder in Betrieb gehen – damit kein neuer waffenfähiger Atommüll mehr entsteht.

Armin Simon

Verschleppte Umrüstung

Der beabsichtigte Betrieb des Forschungsreaktor-Neubaus mit hochangereichertem Uran (HEU) sorgt schon während der Planungsphase des Reaktors Anfang der 1990er Jahre für heftige Debatten. Forderungen, den Reaktor gleich mit niedrig angereichertem Uran zu planen, erteilt die TU München eine Absage.

Eine 1999 von der Bundesregierung eingesetzte Expert*innenkommission kommt zum Ergebnis, dass eine Umrüstung des Reaktors auf einen Brennstoff mit einem Anreicherungsgrad von unter 20 Prozent (niedrig angereichertes Uran, LEU) noch vor Inbetriebnahme technisch möglich, proliferationspolitisch sinnvoll und für die wissenschaftliche Nutzung nicht ernstlich nachteilig wäre. Die TU München beharrt weiterhin auf dem HEU-Konzept.

Gemäß einer von Bund und Bayern unterzeichneten Umrüstungsvereinbarung von 2001 soll der Reaktor zwar zunächst mit HEU in Betrieb gehen dürfen. Bis Ende 2010 soll allerdings eine Umrüstung auf einen etwas weniger stark angereicherten Brennstoff (50 %) erfolgen. Die TU München lässt die Frist verstreichen.

Eine weitere Vereinbarung von 2020 nennt keine Frist mehr für eine Umrüstung des Reaktors. Laut TU München soll dieser noch bis in die 2030er Jahre mit HEU laufen und erst dann auf niedrig angereichertes Uran (< 20 %) umgestellt werden. Eine Klage gegen den Betrieb des Reaktors mit HEU scheitert 2025.

„So kam der Stein ins Rollen“

Porträt | Andreas Brand, 49, ist Erzieher und engagiert sich im Erzgebirge als Teil von Parents for Future nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch gegen geplante Minireaktoren im nahen Tschechien – und gegen rechts



Foto: privat

„Die Folgen eines Atomunfalls in Tušimice würden ja nicht vor der Grenze haltmachen!“

Ich bin, geprägt durch meinen Vater, schon mit dem Gedanken an Umweltschutz groß geworden. Als ich noch keine zehn Jahre alt war, hat mir mein Vater eine Stelle gezeigt, wo die Abwässer eines kleinen Wohngebiets aufs Feld liefen. Manchmal stank es dort oder das Wasser sah grün aus. Er hat mir erklärt, dass zu viel Waschmittel der Umwelt schadet. Und wenn wir im Erzgebirge im Wald waren, haben wir nicht nur neue Eindrücke und manchmal Pilze mit nach Hause genommen, sondern auch unseren Müll. So bin ich aufgewachsen. Der Klimaschutz war die logische Weiterführung. Eindrücklich war für mich der Film *The Day After Tomorrow*, in dem es um die Folgen der globalen Erwärmung geht. Als der rauskam, 2004, galt das ja eher als Vision einer fernen Zukunft. Das hat sich geändert. Das Engagement von Fridays for Future und den Parents for Future hat mich deswegen sehr angesprochen. Endlich tut jemand was!

Als die tschechische Regierung im Mai bekannt gab, dass sie in Tušimice, 17 Kilometer von der deutschen Grenze, einen Small Modular

Reactor (SMR) bauen will, war ich erst mal geschockt. Wie kommt man überhaupt auf die Idee, so eine altmodische Technik noch zu bauen? Außerdem: Wenn das AKW 2038 fertig sein soll, will Tschechien längst aus der Kohleverstromung ausgestiegen sein. Das geplante Kraftwerk soll also ein Problem lösen, das es zu dem Zeitpunkt gar nicht mehr gibt!

Der Gedanke, dass ein AKW meine Heimat verseuchen könnte, wenn was passiert, hat mich alarmiert. In der Signal-Gruppe der Parents for Future Chemnitz gab es Diskussionen über die AKW-Pläne und was man da machen könnte. Dann schrieb jemand: „Ich habe da schon einen Brief formuliert.“ So kam der Stein

ins Rollen. Ich habe dann mit meiner Parents-for-Future-Gruppe im Erzgebirge entschieden, dass wir diesen Brief mit unterschreiben.

In dem Brief fordern wir die tschechische Regierung auf, den geplanten SMR nicht zu bauen – wegen der Gefahren für die ganze Region. Denn die Folgen eines Atomunfalls würden ja nicht vor der Grenze hält machen, sondern auch die Stadt Chemnitz und die grenznahen Landkreise betreffen, mindestens. Also meine Heimat. Auch die ungelöste Frage der Endlagerung des Atommülls und die fehlende Wirtschaftlichkeit haben wir thematisiert. Ich denke, so ein Brief hat mehr Gewicht als eine Onlinepetition, weil hinter jeder einzelnen Unterschrift noch viele weitere Menschen stehen.

Beteiligt waren alle Parents-for-Future-Gruppen in Chemnitz und der Region, also Mittelsachsen, Erzgebirge und Zwickau. Greenpeace Chemnitz war auch dabei und die BUND-Regionalgruppe Chemnitz. Im Klimabündnis Chemnitz und Umgebung stehen relativ weit versprengte Menschen und Gruppen miteinander in Kontakt. WhatsApp oder Signal ist da eine große Hilfe, wenn man gemeinsam was auf die Beine stellen will.

Eine Reaktion auf unseren Brief haben wir nicht erhalten. Damit habe ich auch nicht gerechnet. Er war ein Beitrag zum Vorverfahren zur verpflichtenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung. Und er hat es immerhin in die Meldung einer Presseagentur geschafft, die viele Medien aufgegriffen haben, auch überregionale. Er hat damit Millionen Menschen gezeigt, dass die tschechischen Atompläne auf Widerspruch stoßen, und den Argumenten gegen das Reaktorprojekt Aufmerksamkeit verschafft.

Atomkraft kann keine Antwort auf den Klimawandel sein, schon weil das Unfallrisiko zu groß ist. Wenn ein Windrad umfällt, wird im schlimmsten Fall ein Schaf erschlagen, aber

von den Überresten geht keine Gefahr mehr aus. Bei der Atomkraft ist das anders. Und: Die Zeitschiene ist für mich nicht stimmig. Wie schnell brauchen wir die Energie? Ziemlich zügig. Wie lange dauert es, bis so ein Atomkraftwerk gebaut ist? Ziemlich lange. Das passt nicht zusammen. Das Argument, dass Atomkraft eine Lösung gegen die Klimakrise sei, ist viel zu kurz gedacht.

In Greifswald hat man zu DDR-Zeiten sechs Reaktoren gebaut. Vier liefen nur wenige Jahre, einer nur wenige Wochen, der sechste ging nicht mehr in Betrieb. Seit Jahrzehnten wird zurückgebaut – enorm aufwendig, weil viele Teile strahlen. Auch da fällt CO₂ an, beim Bau und beim Abriss. Wer sagt, bei AKW entstünde kein CO₂, meint nur die reine Energiegewinnung im Reaktor. Aber man muss alles bedenken, vom Bau und von der Urangewinnung bis zu Abriss und Lagerung des Atommülls.

Was Strahlung bedeutet, wissen wir im Erzgebirge, schließlich sitzen wir auf Uran. Der Bergbau ist hier Teil der Identität, schon im Kindergarten singt man das Steigerlied. Aber er brachte auch viele Tote durch Lungenkrebs. Manche Bereiche durfte man nicht betreten wegen der Strahlung, radioaktive Halden mussten teuer saniert und abgedeckt werden. In einem Kindergarten der Region hier wurde der Boden ausgetauscht, weil man dafür Abraum des Uranabbaus verwendet hatte. Die Strahlung ist einfach immer da.

In meinem Umfeld stehen zwar andere Themen im Vordergrund, aber wir sind uns einig: Atomkraft ist keine Lösung. Ich selbst habe mich früh damit auseinandergesetzt. Als Tschernobyl hochging, noch zu DDR-Zeiten, war ich zehn. Nur aus dem „Westfernsehen“ haben wir erfahren, dass etwas passiert war. Es war so eine diffuse, nicht greifbare Situation, auch bei meinen Eltern habe ich viel Unsicherheit gespürt. Es war vielleicht so ähnlich wie Ende 2019, Anfang 2020, als es losging mit dem Coronavirus. Am Ende hatten wir Glück, dass wir relativ wenig abbekommen haben vom Tschernobyl-Fallout. Im Vogtland, das ist auch nicht weit weg, sollte man bestimmte Pilze bis heute nicht essen, und Wildschweine müssen mit einem Geigerzähler geprüft werden.

Für viele hier scheint der Klimawandel weit weg. Gerade im Erzgebirge ist vieles besser geworden. Wir haben auf der Südseite das nordböhmische Braunkohlerevier und ganz

viel Chemieindustrie. Zu Vorwendezeiten hat man das gerochen und gesehen, und auch der Wald war völlig kaputt. Inzwischen hat er sich erholt. Viele Menschen hier verstehen nicht, dass wir trotzdem handeln müssen. Von der Gemeinde hatten wir sogar schon Vorträge, in denen es hieß, den Klimawandel gibt es doch gar nicht. Dabei spürt man ihn natürlich auch hier: Es gab Dürresommer und der letzte in meinen Augen „richtige“ Winter ist jetzt schon lange

her – mein Großer war damals ein Baby, heute ist er 15.

Leider kann man hier nicht mit jedem über alles sprechen. So war es zu DDR-Zeiten, und heute ist es wieder so. Ich muss immer gucken, wie jemand tickt und ob ich was zu befürchten habe. In den 1990er Jahren habe ich erlebt, was passieren kann: Wir quatschten zu dritt auf

der Straße, und einer von uns ist einfach zusammengeschlagen worden. Die Täter waren in meinem Alter – heute machen einige von ihnen Politik. Das ist schon gruselig. Wir fahren seit zehn Jahren in den Großraum Hamburg in den Urlaub. Dort kann man selbst mit wildfremden Menschen offen über den Klimawandel und Politik sprechen. Das ist hier undenkbar.

Was mir Hoffnung gibt und die Motivation, weiterzumachen, ist unser Netzwerk, das sich nicht nur gegen den Klimawandel stellt, sondern auch gegen die Verrohung in der Gesellschaft, also den Rechtsruck. Man fühlt, dass sich momentan immer mehr Menschen dagegenstemmen. Wir alle aus den Parents-for-Future-Gruppen hier in der Region versuchen auch, die Demokratie zu schützen. Das ist das Thema Nummer eins, denn ohne Demokratie gibt es auch keinen Klimaschutz.

Interview und Protokoll: Anna Stender
parentsforfuture.de/de/chemnitz

Anzeige

EWS
ElektrizitätsWerke
Schönau

50€
WECHSEL
BONUS!*

OHNMACHT IST KRASS. ÖKOSTROM IST KRASSER.

Hol dir 100 % EWS-Ökostrom
und fördere mit jeder verbrauchten kWh
nachhaltige Projekte weltweit!



ews-schoenau.de/oekostrom

Die Zukunft liebt  Rebell:innen.

*Gilt nur für Laufzeitangebote.



Foto: Steffi Schlesog

„Ist es niedrigschwellig genug?“

Interview | Konstanze Schirmer über das von der .ausgestrahlt-Stiftung Atomerbe geförderte Projekt „Digitale Auffindbarkeit von Atomwissen“

Konstanze Schirmer

Konstanze Schirmer arbeitet seit 2020 als Archivarin für das Archiv Deutsches Atomerbe, dessen Gründungsmitglied sie außerdem ist. archiv-atomerbe.de

Das Projekt

Die von .ausgestrahlt gegründete Stiftung Atomerbe hat im vergangenen Jahr das Projekt „Digitale Auffindbarkeit von Atomwissen“ angeregt und finanziell unterstützt. Durchgeführt hat es das Archiv Deutsches Atomerbe. Hier geht's zum Projekt:

[archiv-atomerbe.de/
findbuch-endlagerung](http://archiv-atomerbe.de/findbuch-endlagerung)

Frau Schirmer, worum geht es bei Ihrem Projekt „Digitale Auffindbarkeit von Atomwissen: Thema Endlagerung“?

Es geht darum, Menschen, die wenig oder kein Vorwissen haben, an das Thema Endlagerung heranzuführen, beziehungsweise ihnen die Möglichkeit zu geben, sich zu Fragen der Endlagerthematik zu informieren. Dafür haben wir wesentliche Unterlagen aus dem umfangreichen Bestand des Archivs zusammengetragen und überwiegend digitalisiert. Diese stellen wir jetzt auf einem Portal zur Verfügung. Wenn sich folgende Generationen hoffentlich für das Thema interessieren, gibt es einen Ort, an dem sie sich informieren können.

Wie ist das Projekt entstanden?

Ich arbeite für das Archiv Deutsches Atomerbe. Unser Archiv gibt es seit sieben Jahren. Und seit fünf Jahren, seit 2020, erschließen wir Material. Ich leite die Archivarbeit. Letztes Jahr hat die Stiftung Atomerbe das Projekt angeregt und eine Teilzeitstelle für vier Monate für mich ermöglicht. Aus Spendengeldern des Archivs haben wir den Rest meiner Stelle finanziert. Ein Großteil der Arbeit, vor allem auch von meiner Kollegin Ursula Schönberger, ist aber ehrenamtlich passiert, sonst hätten wir das Projekt nicht realisieren können.

Wie sind Sie zum Archiv Deutsches Atomerbe gekommen, wie ist Ihr beruflicher Werdegang?

Ich bin archivfachliche Quereinsteigerin. Eigentlich bin ich Biologin. Ich wollte früher gern Bibliothekarin oder Archivarin werden. Die Anti-Atom-Bewegung liegt mir sehr am Herzen, ich bin da seit vielen Jahren engagiert. Und als ich von der Idee des Archivs erfuhr, war ich sofort Feuer und Flamme. Ich konnte dann mit Spendengeldern an der Archivschule Marburg Fortbildungskurse machen.

Welche Arten von Wissen über Atommüll werden im Archiv erfasst? Was sind das für Dokumente?

Das ist alles Mögliche! Broschüren und „Informationsdienste“, eine Art gedruckte Newsletter aus der Zeit, als es weder Internet noch E-Mails gab, sehr viele Gutachten, Dokumente der Bundesregierung, Drucksachen, Protokolle – alles! Das sind Originaldokumente, die es zum Teil nur auf Papier oder auch nur bei uns im Archiv gibt. Wir haben ein online durchsuchbares Verzeichnis erstellt. Und wir haben uns bemüht, möglichst viele Dokumente auch digital bereitzustellen, damit die Leute schnell an das Material kommen können – das ist ja der Sinn des Projekts gewesen.

Wie muss man sich „digital bereitstellen“ konkret vorstellen?

Wir haben die entsprechenden Dokumente Seite für Seite mit einem professionellen Dokumentenscanner eingelesen. Der hat einen sehr schonenden Einzug, denn sie dürfen ja beim Digitalisierungsvorgang nicht kaputt

gehen. Über die Scans läuft dann zusätzlich noch eine Texterkennungssoftware, damit sie nicht nur als digitales Faksimile vorliegen, sondern auch im Volltext elektronisch durchsuchbar sind.

Ist auch audiovisuelles Material dabei?

Ich hoffe, dass ich es auch noch schaffe, Audiodokumente zur Endlagerkommission zu erschließen. Da gab es Mitschnitte von den Kommissionssitzungen.

Ist das Projekt abgeschlossen?

Eigentlich schon. Aber wir können einfach nicht aufhören, weil wir immer noch Sachen finden und denken, das muss auch noch mit rein. Wir stellen jetzt ungefähr 400 Dokumente online zur Verfügung. Das ist aber nur ein Bruchteil dessen, was wir gesichtet und verschlossen haben.

Und alle kann man nun online finden? Wie?

Auf unserer Internetseite. Das Ganze ist als eine Art Findbuch dokumentiert, das ist ein Begriff aus dem Archivwesen. In Findbüchern werden Dokumente zu einem bestimmten Thema kompakt dargestellt und kommentiert. Wir werden also nicht nur die Titeldaten und gegebenenfalls die Dokumente selbst bereitstellen, sondern immer auch einleitende Texte dazu. Und die Metadaten zu dem Material, also zum Beispiel, dass es sich um eine Broschüre handelt, die soundsoviel Seiten hat.

Warum ist es wichtig, Wissen über Atommüll nicht nur zu sammeln, sondern auch langfristig verfügbar zu machen?

Das klingt jetzt zwar abgedroschen, aber: weil das ein Thema ist, das die nächsten Generationen beschäftigen wird, und weil es wichtig ist, einen Ort zu haben, an dem sie sich informieren können. Denn in Zukunft werden ja viele der Menschen, die heute noch Wissen dazu weitergeben könnten, nicht mehr da sein.

Welche Zielgruppen haben Sie mit dem Projekt im Blick?

Das Projekt richtet sich an Interessierte ohne Expert*innenwissen. So haben wir versucht, es zu konzipieren. Dass Leute eingeladen werden, sich die Informationen abzuholen, und dass es sie nicht abschreckt. Aber da sind natürlich auch Unterlagen dabei, die anspruchsvoller und für Fachleute von Interesse sind.

Wie sieht Ihr Arbeitsalltag im Archiv konkret aus?

Ich fahre ein, maximal zwei Tage in der Woche ins Archiv und arbeite den restlichen Teil von zu Hause. Wir haben eine webbasierte Datenbank, auf die wir von überall zugreifen können. Wenn ich im Archiv bin, dann digitalisiere ich da hauptsächlich. Der Digitalisierungsprozess an sich ist eigentlich das, was am schnellsten geht. Es ist die Organisationsarbeit drumherum, die die eigentliche Arbeit ausmacht: die Metadaten eingeben etwa, die Verschlagwortung und die archivgerechte Verpackung der Originaldokumente.

Mit welchen besonderen Herausforderungen haben Sie es bei Ihrer Arbeit zu tun?

Es gibt Material, das schwer zu digitalisieren ist, weil zum Beispiel das Papier zu dünn ist. Manchmal machen Urheberrechte Probleme. Die eigentliche Herausforderung an dem Projekt war aber eine ganz andere, nämlich die konzeptuelle Arbeit. Zu überlegen, welches Material suchen wir denn jetzt eigentlich raus? Wer kommt und möchte dieses Material nutzen? Mit welchem Vorwissen? Wonach suchen die Leute überhaupt? Und was können wir im Rahmen der Projektzeit überhaupt erfassen? Welche sind die wesentlichen Unterlagen, die wir aus unserer Sicht zur Verfügung stellen müssen? Mit dem Projekt schaffen wir nun ein erstes Angebot. Und deshalb wäre für uns ein Feedback auch wirklich interessant. Wie empfinden die Leute das? Ist es niedrigschwellig genug? Ist es das, wonach sie suchen? Ist es praktikabel?

Das heißt, Ihnen würde es helfen, wenn die Leute Ihre Seite ausprobieren und Ihnen Feedback geben?

Ja, unbedingt!

Was motiviert Sie persönlich an dieser Arbeit?

Es ist die Kombination aus Archivarbeit und der politischen Arbeit für die Anti-Atom-Bewegung. Ich finde meine Tätigkeit unheimlich sinnvoll. Ich brenne für dieses Projekt und ich möchte auch nichts anderes mehr machen.

Kommen dabei auch skurrile Geschichten zutage?

Schauen Sie mal auf archiv-atomerbe.de unter „Neues“ – „Fundstücke“. Gerade das von Juli lohnt sich besonders! Interview: Sarah Lahl

Das Vermächtnis der Anti-Atom-Bewegung



Für eine zukunftsfähige Atommüllpolitik

Über eine Million Jahre – so lange muss Atommüll sicher gelagert werden. Eine kaum vorstellbare Verantwortung, die heutige und kommende Generationen tragen. Die Stiftung Atomerbe tritt an, um genau dafür einzustehen: Sie unterstützt Betroffene und zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für eine sichere, transparente und verantwortungsvolle Verwahrung von Atommüll einsetzen.

**Denn der Atommüll verschwindet nicht.
Die Verantwortung bleibt.**

Wir möchten sicherstellen, dass auch kommende Generationen eine Stimme haben, um zu erstreiten, dass bei der Lagerung von Atommüll die Sicherheit an erster Stelle steht.

**Werde Teil dieser Verantwortung –
mit einer Zustiftung, einem Vermächtnis oder einer Spende.**

Mehr erfahren:
www.stiftung-atomerbe.de



.ausgestrahlt-Shop

Da Engagement gegen Atomkraft keine Frage des Geldbeutels sein soll, ist das gesamte Sortiment des .ausgestrahlt-Shops kostenlos erhältlich. .ausgestrahlt übernimmt sogar Deine Versandkosten. Wir freuen uns, wenn Du die Herstellung des Materials mit einer solidarischen Spende unterstützen kannst.

Bestellung nur online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: ausgestrahlt.de/shop



Aufkleber „Atommüll-Transporte stoppen!“

Wetterfest, 20,5 x 5,8 cm – M-302-58

KEIN ATOMMÜLL VON JÜLICH NACH AHAUS!

Transparent „Kein Atommüll von Jülich nach Ahaus!“

Wetterfest, mit Tunneln an den Seiten zum Einsticken von Stäben und Ösen in den vier Ecken.

300 x 60 cm – M-302-56



Plakat „Atommüll-Transporte stoppen“

A3, einseitig – M-302-55



Transparent „Stopp Castor! Stopp Atomkraft!“

Wetterfest, mit Tunneln an den Seiten zum Einsticken von Stäben und Ösen in den vier Ecken.

ca. 210 x 70 cm – V-123-21



ATOM-GEFAHR BEENDEN – SCHWEIZER AKW ABSCHALTEN!

Plakat „Atom-Gefahr beenden – Schweizer AKW abschalten!“

A3 – M-322-02



FAQ „Wohin weht der Super-GAU?“

Fragen und Antworten zu den möglichen kurz- und langfristigen Folgen eines schweren Atomunfalls in einem Schweizer AKW, insbesondere für Deutschland

A5, vierseitig – M-322-03

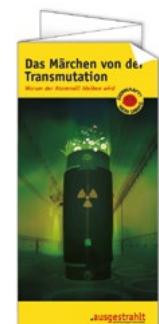


ATOMMÜLL

Flyer „Jahrhundert-Lager“

Aus Zwischenlagern werden Langzeitlager. Die Zwischenlagerung des hochradioaktiven Atommülls wird sehr viel länger dauern als ursprünglich behauptet.

DIN lang, achtseitig – M-302-42



Flyer „Das Märchen von der Transmutation“

Warum der Atommüll bleiben wird – und sich nicht „wegzaubern“ lässt. Überarbeitete Neuaufl. 2025.
DIN lang, achtseitig – M-309-21

.ausgestrahlt



Flyer „Stiftung Atomerbe – Das Vermächtnis der Anti-Atom-Bewegung“

Unsere Generation hinterlässt riesige Mengen Atommüll, der über Jahrtausende sicher verwahrt werden muss. Die von .ausgestrahlt gegründete Stiftung Atomerbe sammelt Mittel, um Betroffene und zivilgesellschaftliche Organisationen beim Einsatz für mehr Sicherheit bei der Atommülllagerung zu unterstützen.

DIN lang, sechsseitig – M-222-04



Flyer „ausgestrahlt braucht Deine Unterstützung“

Du willst Freunde*innen und Bekannte dafür gewinnen, .ausgestrahlt finanziell zu unterstützen? Dieses Faltblatt liefert gute Argumente!

DIN lang, sechsseitig – M-222-01

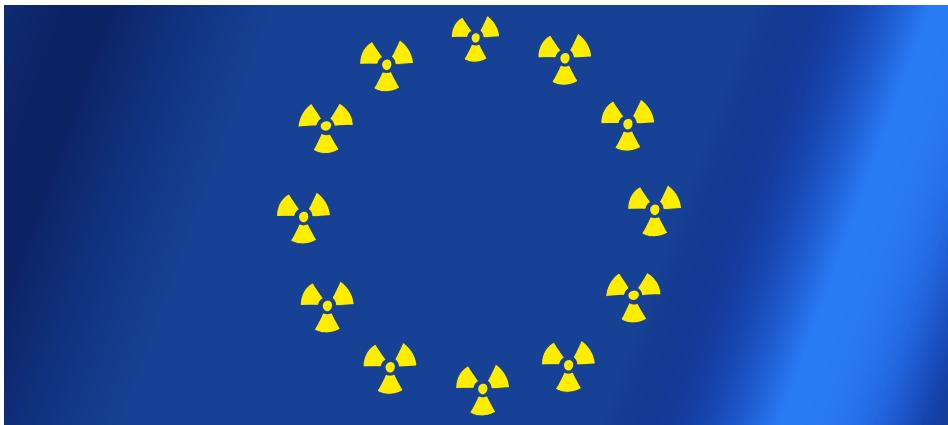


NEU .ausgestrahlt-Magazin Nr. 65

Zum Auslegen und Verteilen.

A4, 24 Seiten – M-121-65

! Wenn Du für eine Aktion größere Mengen benötigst, wende Dich bitte an shop@ausgestrahlt.de



EU-Gelder für Atomkraft? Nein danke!

Aufruf | JETZT .ausgestrahlt-Förder*in werden!

Gerade in dieser Zeit braucht es eine klare Stimme gegen Atomkraft: **Während in Deutschland, Europa und weltweit reaktionäre Kräfte erstarken, trommelt die Atomlobby lautstark für ihre rückwärtsgewandte Energiepolitik.** In der EU versucht sie seit Jahren, sich Zugang zu milliardenschweren Fördertöpfen zu verschaffen. Leider mit wachsendem Erfolg: Immer mehr EU-Gelder, die für den Klimaschutz dringend gebraucht werden, fließen stattdessen in die Nuklearindustrie.

Deutschland auf Pro-Atom-Kurs?

Besonders alarmierend: Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sucht schon seit seinem Regierungsantritt den Schulterschluss mit der Atomnation Frankreich. Beim deutsch-französischen Ministerrat in Toulon Ende August machten Berlin und Paris nun Ernst: Deutschland blockiert Frankreichs Vorhaben, EU-Gelder für neue Nukleartechnik zu sichern, nicht länger. Offizielles gemeinsames Ziel: die „Gleichbehandlung emissionsärmer Energien“ – Atomkraft eingeschlossen. Es ist ein weiterer Schritt hin zur Gleichstellung von Atomkraft mit den Erneuerbaren – und ein dramatischer Kurswechsel Deutschlands, das sich in der EU jahrelang klar gegen die Einstufung von Atomenergie als „nachhaltig“ positioniert hatte (siehe Seite 6/7).

Warum wir handeln müssen

Deutschland trägt fast ein Viertel zum EU-Haushalt bei – und hat damit die Macht,

entscheidende Signale zu setzen. Gibt Berlin seinen Widerstand gegen die Finanzierung von Atomprojekten durch die EU auf, öffnet das Tür und Tor für Milliardensubventionen, Steuergünstigungen und Bauprojekte der Atomlobby – während Investitionen in Erneuerbare blockiert werden. Das gefährdet Klimaschutz, bremst die ökologische Transformation und ignoriert die Risiken von Atommüll und Reaktorunfällen.

Jetzt kommt es auf uns an

Die kommenden Monate entscheiden über die Zukunft Europas. .ausgestrahlt macht Druck, deckt auf, organisiert Proteste und schmiedet Bündnisse. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung den Atomkurs nicht einfach durchwinkt. Jahrzehntelang haben wir die Energiewende vorangebracht und gegen gefährliche Atomprojekte Position bezogen – und genau das tun wir jetzt in Brüssel.

Mach mit – werde Förder*in!

Wir brauchen Dich! Jeder Beitrag stärkt den Widerstand, gibt uns mehr Kraft und Sichtbarkeit, um für eine erneuerbare, sichere und gerechte Energiezukunft einzutreten. Als Dankeschön gibt es kleine Geschenke und attraktive Preise für alle, die neu fördern oder ihre Fördersumme erhöhen. Nähere Informationen findest Du im beiliegenden Formular.

Danke, dass Du an unserer Seite bist!

Carolin Franta
und das ganze .ausgestrahlt-Team

Du möchtest .ausgestrahlt zukünftig fördern? Nutze den beiliegenden Rückmeldebogen oder gehe auf ausgestrahlt.de/foerdern



Geschenk!

Wer .ausgestrahlt mit mindestens 10 Euro/Monat neu fördert oder seine Unterstützung erhöht, bekommt:



- Buch „Strom“: spannende Einblicke in die oft verborgenen Strukturen unseres Energiesystems, von Tim Meyer, oder



- Buch „Die Gewerkschafterin“: Politthriller über die dubiosen Machenschaften der französischen Atomindustrie, von Caroline Michel-Aguirre,



- Upcycling-Kulturbetuel aus alten .ausgestrahlt-Transparenten.



Alle neuen Förder*innen und alle, die ihren bisherigen Beitrag erhöhen, nehmen zudem an einer Verlosung teil:



- 3 × 1 Kappe und je 2 × 1 Rucksack / Hüfttasche von Patagonia,
- 2 × 1 Gutschein von Werkhaus über 50 Euro, gültig für Bestellungen ab 50 Euro, einlösbar bis 31.10.2026 unter werkhaus.de/shop



- 2 × 1 Gutschein für Ökostrom von den Elektrizitätswerken Schönau (EWS) im Wert von 200 Euro, nur anrechenbar auf EWS-Stromrechnung



- 1 × 1 Gutschein für 2 Nächte im wendländischen Bio-Hotel „Kimmers Landlust“, 2 Pers., HP, außerhalb der Ferienzeiten, Anreise auf eigene Kosten.

Teilnahmebedingungen (Verlosung):

Teilnahmeberechtigt sind Personen ab 18 Jahren, die zwischen 24.09.25 und 02.01.26 neu Förder*in werden oder ihren bisherigen Förderbeitrag erhöhen. Mitarbeitende von .ausgestrahlt sind ausgeschlossen. Die Teilnahme ist per Brief, Fax oder unter ausgestrahlt.de/foerdern möglich. Einsendeschluss: 02.01.26. Die Preise werden ausgelost und an die Gewinner*innen übermittelt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Veranstalter: .ausgestrahlt e.V.

Hinweise zum Datenschutz:
ausgestrahlt.de/datenschutz
.ausgestrahlt dankt für die gespendeten Verlosungsgeschenke!



Aktion vor dem Bundesumweltministerium in Berlin, 31. Juli

Einfach unter den Teppich kehren?

Mehr als 4.000 kritische Stellungnahmen zum Nationalen Atommüll-Entsorgungsprogramm (NaPro) der Bundesregierung übergeben .ausgestrahlt, die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad und der BUND am 31. Juli in Berlin. Unsichere Zwischenlager gefährden Mensch und Umwelt, ein langfristiger Gesamtplan fehlt. Doch die Atommüllprobleme lassen sich nicht einfach unter den Teppich kehren. .ausgestrahlt fordert: Auch für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle muss endlich sofort eine Suche nach einem sicheren „Endlager“ beginnen – bevor noch mehr Zeit verstreicht.



Foto: Bettina Ackermann



Protest gegen Putins Atomgeschäfte

Ein mögliches Importverbot für Uran aus Russland bringt die EU Anfang Mai ins Spiel (siehe auch Seite 8/9). Die russische Regierung nutzt die Einnahmen aus den Atomexporten zur Finanzierung ihres Angriffskrieges gegen die Ukraine. .ausgestrahlt fordert von der Bundesregierung, das geplante Joint Venture der Brennelementefabrik in Lingen mit dem Kreml-Konzern Rosatom endlich zu stoppen. Denn sämtliche Rohstoffe und Maschinen würden von Rosatom bezogen und auch ein Teil der Gewinne direkt nach Russland fließen.

Bei einem Infoabend in Lingen am 1. Juli beleuchtet .ausgestrahlt die Rolle des russischen Atomriesen Rosatom, die Verstrickung des Kreml und die Abhängigkeiten der EU. Das Protest-Frühstück vor der Brennelementefabrik am folgenden Morgen erfährt große Aufmerksamkeit, findet es doch parallel zur 50-Jahr-Feier der Brennelementefabrik mit Hunderten geladenen Gästen statt.

Die Arte-Dokumentation „Die Nuklearfalle – Putins Deals mit dem Westen“, die am 15. Juli ausgestrahlt wird, zeigt eindrücklich, wie eng Rosatom mit Putins Machtapparat verflochten ist. Der Film greift etliche Protestaktionen von .ausgestrahlt der vergangenen Monate auf. **Seite 8/9**

Protest gegen Atommüllverschiebung nach Ahaus

Mehr als 500 Menschen demonstrieren am 4. Oktober trotz strömendem Regen gegen die drohende Castorlawine ins Zwischenlager Ahaus. Das Atommüll-Bundesamt (BASE) hat Ende August Genehmigungen für den Transport von mehr als 150 Castorbehältern mit hochradioaktivem Atommüll aus Jülich erteilt. Auch den Transport von waffenfähigem Atommüll aus dem Forschungsreaktor FRM 2 nach Ahaus erlaubt es. Die Transporte sollen per Lkw und zum Teil mitten durch Städte erfolgen. Zwei Gutachten im Auftrag von .ausgestrahlt haben gezeigt, dass sowohl die Transporte selbst als auch die Zwischenlagerhalle in Ahaus nicht ausreichend gegen Drohnenangriffe geschützt sind.

Obwohl im September massenhafte Drohnenflüge über kritischer Infrastruktur in Deutschland bekannt werden, und die Behörden diesen hilflos gegenüberstehen, zieht das BASE die Transportgenehmigungen nicht zurück. .ausgestrahlt kritisiert das als verantwortungslos. Statt Atommüll in riskanten Transporten von einem Ort zum anderen zu verschieben, braucht es neue, robustere Zwischenlager an allen Atommüll-Standorten, auch in Jülich und Garching. ausgestrahlt.de/juelich



Foto: Janna Dujesieffken

Atom-Risiko aus der Schweiz beenden

Bei einem schweren Unfall in einem Schweizer AKW würde im Schnitt der Wetterlagen eines Jahres mehr radioaktiver Abwasser abgekommen als die Schweiz selbst. Das enthüllt eine am gestellte Studie des Trinationalen Atomschutzverbands (TRAS), an der .ausgestrahlt maßgeblich mitgewirkt hat. Große Gebiete bis in mehreren Hundert Kilometern Entfernung von der Schweizer Grenze könnten langfristig unbewohnbar werden. Je nach Wetterlage müssten allein in Deutschland Zehn-, wenn nicht Hunderttausende mit schweren Erkrankungen und Tod rechnen. .ausgestrahlt fordert, dass sich Bundesregierung und baden-württembergische Landesregierung für eine deutsch-schweizerische Energiewende-Partnerschaft und ein schnelles Abschalten der Schweizer AKW einsetzen. Ministerpräsidentenkandidat Cem Özdemir (Grüne) bekommt deshalb auf dem EWS-Stromseminar in Schönau am 28. Juni ein persönliches Exemplar der Studie überreicht.

Die Landesregierung bestätigt im September in einer Antwort auf eine Landtagsanfrage wesentliche Aussagen der gleichzeitig deckt .ausgestrahlt zusammen mit Schweizer Antikernkraftorganisationen auf, dass das AKW Gösgen selbst grundlegende Sicherheitsanforderungen nicht erfüllt – und das schon seit Jahrzehnten.

Mehr als 41.000 Menschen fordern inzwischen in einer von .ausgestrahlt initiierten Unterschriftenaktion einen straffen Ausstiegsfahrplan mit festen Abschaltdaten für alle Schweizer AKW. Hunderte besuchen die Onlineveranstaltungen, auf denen .ausgestrahlt die Ergebnisse der Studie vorstellt. Zahlreiche Anti-Atom-Aktive in Süddeutschland nutzen die Studie, um in ihren Städten und Gemeinden die Atomgefahr aus der Schweiz zu thematisieren. .ausgestrahlt unterstützt sie mit aktuellen Infos, Material, Pressearbeit und Vorträgen und bringt die Aktiven miteinander in Kontakt. [Seite 12/13](#) und ausgestrahlt.de/schweiz



Foto: Stephanie Eger



Foto: .ausgestrahlt



Foto: Friedrich Ebacher

Belgien schaltet weiter ab

90.000 Menschen machen 2017 mit einer Menschenkette von Aachen bis ins belgische Tihange Druck für den Atomausstieg in Belgien. Obwohl die nationalkonservative Regierung im Mai 2015 den Atomausstieg formal kippt, geht Ende September mit Tihange 1 der vierte von sieben Reaktoren des Landes vom Netz. Ende November wird mit Doel 2 der fünfte folgen. Bestrebungen der Regierung, die Meiler nochmal in Betrieb zu nehmen, erteilt Betreiber Engie eine klare Absage.



Foto: Andreas Conrad / Publikumswelt

Kritik an EU-Fusionsstrategie

In einer Stellungnahme zur geplanten EU-Fusionsstrategie weist .ausgestrahlt auf die ungelösten technischen Probleme der Kernfusion hin und unterstreicht, dass Kernfusion schon deswegen nicht zum Klimaschutz beiträgt, weil sie viel zu spät kommen wird – wenn überhaupt. Eine geplante Förderung der Fusionstechnik dürfe weder politisch noch finanziell zu Lasten der erneuerbaren Energien gehen.



„Ich unterstütze ausgestrahlt, weil die atomare Bedrohung durch Atomwaffen, AKW und Atommüll noch nie so greifbar war wie jetzt.“

Barbara Orfeld, Velbert

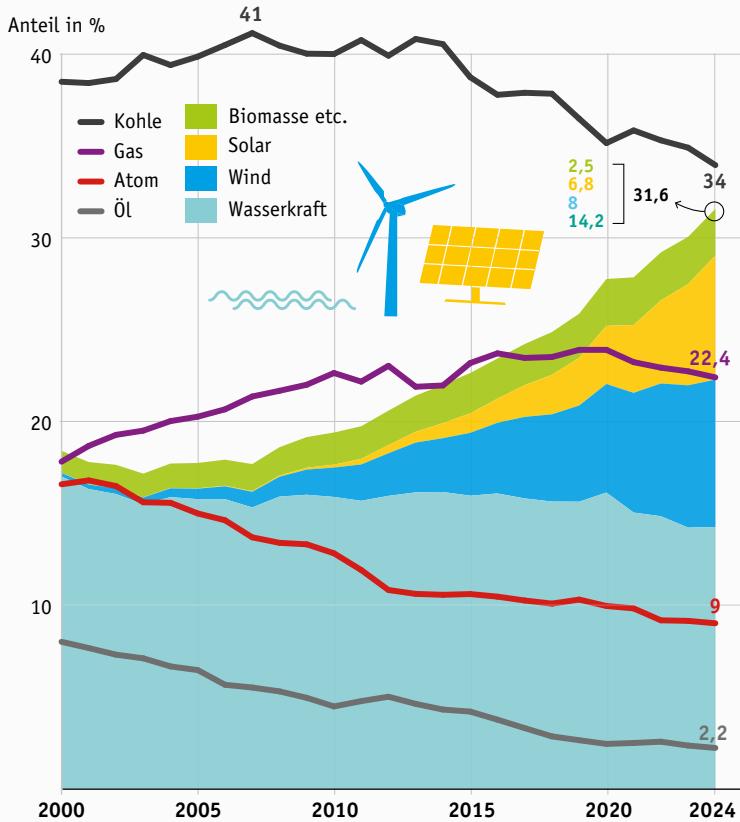
Foto: privat

Energiewende weltweit

Infografik | Atomkraft, Kohle, Gas und Öl verlieren weiter an Bedeutung. Erneuerbare Energien hingegen decken – trotz steigendem Strombedarf – einen immer größeren Anteil des weltweiten Stromverbrauchs

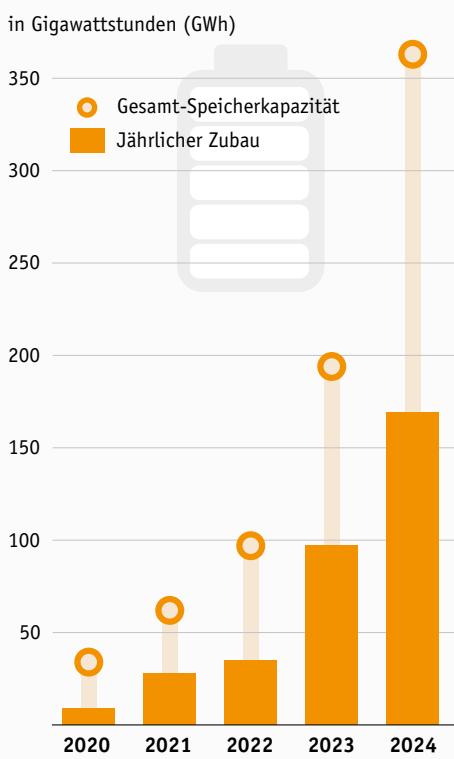
Wind und Sonne starten durch

Anteil an der weltweiten Stromerzeugung, nach Quelle, 2000–2024



Das Speicher-Wunder

Entwicklung der weltweiten Kapazität von Batteriespeichersystemen 2020–2024



Quelle: World Nuclear Industry Status Report 2025

.ausgestrahlt fordert:

- Energiewende beschleunigen statt mit Atom-Märchen ausbremsen
- Investitionsstopp für Atomkraft und fossile Energien